

Neuer

Social-Demokrat.

Eigenthum des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags u. Sonnabends Abends.

Abonnements-Preis
Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich pränumerando 1 1/2 Sgr., monatlich 5/8 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 1 1/2 Sgr., bei den außerpreuss. Postämtern in Preussland gleichfalls 1 1/2 Sgr. (56 Kreuzer ldd. Währ.)

Redaktion u. Expedition
Berlin,
Dresdenerstrasse Nr. 65.

Bestellungen werden aufwärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem Expeditur entgegengenommen.

Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Zeile oder deren Raum mit 4 Sgr. berechnet. Arbeiter-Kannonen die dreispaltige 4 Zeile oder deren Raum 1 1/2 Sgr.

Für die Monate Februar und März kann jetzt auswärts bei sämtlichen Post-Anstalten auf den

„Neuen Social-Demokrat“

abonnirt werden. Auch für Berlin beginnt ein Monatsabonnement, und nehmen alle Expeditoren und die Expedition des Blattes Bestellungen entgegen. — Wir ersuchen daher die Parteigenossen, diese Gelegenheit zu einem möglichst zahlreichen Abonnement zu benutzen und, um Irrthümer der Postbeamten zu vermeiden, ausdrücklich den „Neuen Social-Demokrat“ in Berlin zu bestellen.

Die Redaktion.

Staatshilfe gegen die Arbeiter.

H. Wie oft schon haben wir dieses Thema behandeln müssen, und doch tritt immer und immer wieder die Nothwendigkeit dazu an uns heran. Jedemal, wenn beim Kampfe der Arbeit gegen das Kapital die Möglichkeit der Unterstützung einer der beiden Parteien durch die Staatsgewalt vorhanden ist, dann kann man fast mit Gewissheit darauf rechnen, daß der heutige Staat seine Macht zu Gunsten des Kapitals in die Waagschale wirft. Wie oft haben wir nicht gehört, daß strikende Arbeiter durch herkommendite Soldaten ersetzt wurden; noch niemals aber hat eine Staatsbehörde solchen von der Kapitalmacht gemäßigten Arbeitern, selbst dann, wenn sie Arbeit zu vergeben hatte, solche gewährt. Mit einem Worte: man hält es heut zu Tage für selbstverständlich, wenn der Staat den Besitzenden, für unerschrocken, wenn er den Besitzlosen hilft.

Der neueste Fall, welcher uns zu dieser Betrachtung veranlaßt, hat sich in Berlin ereignet. In den Lohnstreit zwischen den Setzern und dem Besitzer der Druckerei, in welcher die stenographischen Berichte des Abgeordnetenhauses gedruckt werden, hat der Staat eingegriffen.

Schon bei der ersten Mittheilung dieses Vorkommnisses im Abgeordnetenhaus zeigte sich die erbitterte Stimmung der Kapitalisten gegen die Arbeiter. Der Fortschrittler Berger rief aus: „Die Forderung der Arbeiter ist unsittlich, wir dürfen kein böses Beispiel geben, indem wir ihnen nachgeben!“

Also ein „böses Beispiel“ wäre es, wenn der gesetzgebende Körper Preußens, denen, welche für ihn arbeiteten, guten Lohn gewährleistete! Böses Beispiel verdrieht gute Sitten, und es kämen dann vielleicht die Arbeiter des Fabrikanten Berger auf die Idee, auch von ihm einen auskömmlichen Lohn zu fordern!

Bei solcher Stellung der Abgeordneten war leicht voraus zu sehen, was kommen würde, und so hat denn alsbald der Staat zu Ungunsten jener Arbeiter eingegriffen. Das Kriegsministerium hat, damit die betreffende Mosef'sche Buchdruckerei die Arbeiten für das Abgeordnetenhaus fertig stellen könnte, von 4 Armeekorps 48 Setzer nach Berlin kommandirt, um bis zur Vertagung des Landtages in der genannten Offizin die Druckschriften für das Abgeordnetenhaus zu fertigen.

Der einzige Scheingrund, womit die Bourgeois-Ökonomen ihre Theorie, daß der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft ein freier Mann sei, verteidigen, ist der Hinweis darauf, daß die Lohnarbeit auf „freiem Uebereinkommen“ beruhe. Diese „freie Uebereinkunft“ wird nun selbstverständlich völlig zerstört, es wird den Arbeitern eine unüberwindliche Konkurrenz geschaffen, sobald in der in Rede stehenden Weise der Staat dem Unternehmer Arbeiter herbeikommandirt. — Und doch geschieht dies ohne Scrupel!

Wahrlich, da bleibt nichts Anderes der Arbeiterklasse über, als ihre Solidarität um so fester zu be-

gründen. Auch der Arbeiter im bunten Rock muß gewonnen werden, wenn sich das arbeitende Volk schützen will gegen solche Vorkommnisse. Und die Agitation wird nicht fehlschlagen!

Mit ängstlicher Spannung sieht die „Kreuzzeitung“ dies bereits voraus. Sie schreibt: „Wir würden aber ein solches Verfahren für bedenklich halten, weil das Heer gerade heut zu Tage vor einer Hineinziehung in derartige „sociale Bewegungen“ möglichst bewahrt werden muß.“

Wenn die besitzende Klasse das Heer in ihrem Interesse ausnützt, weshalb soll es dann nicht die nichtbesitzende? — Und wenn diese Hineinziehung des Heeres in die sociale Bewegung der „Kreuzzeitung“ bedenklich erscheint? — nun, dann antworten wir: um so besser!

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. Januar.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hat sich der Minister des Innern gelegentlich der Behandlung des Polizeiwesens in einer Weise geäußert, welche zeigt, daß auch er die Social-Demokratie für alles Unheil verantwortlich machen möchte. — Der Minister sprach nämlich, wie folgt:

Daß das Berliner Publikum ein überaus schwieriges ist, das, meine Herren, geben Sie mir gewiß Alle zu. Diese Eigenschaft ist selber in heutiger Zeit überall ziemlich verbreitet, aber namentlich prägnant in großen Städten. Ich habe aus der Hand eines Staatsanwalts einmal eine Schilderung bekommen, die sich auf mehrere große Städte westfälischer Gerichtsbezirke bezieht. Der Herr Minister verliest einen Passus, worin es heißt, daß die Zustände in den eigentlichen Fabrikstädten, wie Essen, Dortmund, Iserlohn, Duisburg u. a. bedenklich genug seien, um die größte Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen; der unerhörte Ausschwaung, den in neuerer Zeit die dortige Industrie genommen, sowie der Bau neuer Eisenbahnen habe daselbst ein bedeutendes Zusammenströmen junger Arbeiter der verschiedensten Nationalitäten veranlaßt. Mit diesem Zuziehen der männlichen Bevölkerung habe das der weiblichen nicht entfernt gleichen Schritt gehalten, so daß es der Mehrzahl nicht möglich sei, einen eigenen Heerd zu gründen. Die Folge davon sei, daß die Arbeiter ein laienmännliches Zusammenleben führten, bei welchem der verheiratete Arbeiter dem unverheirateten Kost gewährte, während zur Erholung die sehr zahlreichen Wirthshäuser dienen. Die Arbeiter hätten in der Mehrzahl ein äußerst geringes Maß von Bildung und seien fast ohne jeden sittlichen Halt. Es fehle bei dem steten Wechsel der Arbeiterbevölkerung und bei der bunten Mischung derselben auch jener Gemeingeist, der die Massen zu bilden und gesittet zu erhalten pflege. Dazu komme, daß die Mehrzahl aus Katholiken bestehe, denen jetzt ebenso durch die ultramontane Presse wie von der Kanzel her die Ueberzeugung beigebracht werde, daß sie nur so lange dem Gesez Geborsam schulden, als sie nach ihrem Gewissenen für gut fänden. So arbeite die ultramontane Presse mit der noch verbreiteteren social-demokratischen um die Wette, um die Achtung vor dem Gesez zu schwächen und seine Befolgung von dem subjektiven Ermessen des Einzelnen abhängig zu machen; in den Vereinen beider Richtungen würden diese Thematena noch räthselhafter und durch das lebendige Wort noch zündender bei den Massen erörtert. Wenn nun auf diese Weise mit der Achtung vor dem Geseze auch der letzte sittliche Halt vernichtet sei und der zügellose Uebermuth in den Wirthshäusern sich nicht anders Luft zu machen wisse, als durch Raufhändel, so sei die Folge dieser Gewohnheit nicht selten, daß harmlose Personen auf offener Straße angefallen würden. Suchen die Wirthshausleute den Thunsten Einhalt zu thun, so haben sie immer zu befürchten, daß der allgemeine Haß sich gegen sie wende. Am allerwenigsten dürfe es der einzelne Privatmann wagen, solchem Thun entgegenzutreten. Ein Oberseiger, der dies in einem Falle verjügte, sei von zwei Schweden auf der Stelle niedergeschlagen worden. Die Thäter seien zu 8 und 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Rehnliche Schicksale, die Gendarmen widersprechen seien, zeigen, daß selbst diese nicht mehr wagen dürfen, den Massen gegenüberzutreten; in Gassenkränken gebe es kaum einen Polizeibeamten, der nicht Narben von Messerschneiden, Revolverkugeln oder andere Verwundungen aufzuweisen habe.

Es ist in der That während, was die bösen Social-Demokraten Alles verschuldet haben sollen. Nur schade, daß der Minister gerade Duisburg und Dortmund zitiert hat, wo die Arbeiter sich in Masse als liberales Stimmvieh haben mißbrauchen lassen. Bei der Wahl hießen sie Reichsfreunde; jetzt aber wird den Wählern des Altkatholiken Schulte und des

Herrn Berger zugerufen: „Ihr habt ein äußerst geringes Maß von Bildung und seid fast ohne jeden sittlichen Halt!“ — Wahrlich, eine gerechte Strafe!

Ein Preßgesetzentwurf, welcher nicht weniger freiheitswidrig ist, als der vorjährige, liegt jetzt vor. Das „Frankfurter Journal“ berichtet darüber, wie folgt: „Der Justizauschuß des Bundesraths hat jetzt seinen Bericht über den von Preußen vorgelegten Entwurf eines Reichspreßgesetzes erstattet. Es geht daraus hervor, daß bei den Ausschussberatungen insbesondere die von den Bundesregierungen zu dem früheren Entwurf gemachten Bemerkungen, sowie die Beschlüsse der Reichstagskommission und die in deren Bericht dazu gegebenen Ausführungen in Erwägung gekommen sind. Der Bericht giebt eine Darstellung der bisherigen auf die Materie bezüglichen Anträge und deren Folgen durch die Maßnahmen der Reichsregierung; er erwähnt, daß der Ausschuss die von mehreren Regierungen aufgeworfene Frage in den Vordergrund stellen mußte, ob es rathsam sei, ungeachtet der Einföhrung eines gemeinsamen Strafprozesses mit dem Erlaß eines Reichspreßgesetzes vorzugehen. Mit Rücksicht auf die Opportunitätsfrage glaubte man sich für die Bejahung auszusprechen zu müssen, dagegen lehnte man es ab, den Vorschlag der Reichstagskommission anzunehmen, daß durch eine Spezialbestimmung, welche alle durch die Presse begangenen und von Amts wegen zu verfolgenden Vergehen der Entscheidung des Schwurgerichts unterstellt, der künftigen Strafprozeßgesetzgebung in der wichtigen Frage über Art und Umfang der Heranziehung des Laien-Elements zur Aburtheilung vorgegriffen werde. (!) Der Bericht verbreitet sich über die Stellung, welche der Ausschuss zu den hauptsächlichsten Prinzipienfragen bezüglich des Preßgesetzes einnimmt, über die durch den Entwurf besitzigten Kauttionen, Konzeptionsentziehungen und Besteuerungen der Presse, über Verantwortlichkeit für Preßdelikte, über die aufrechterhaltene vorläufige Beschlagnahme, über die Abgabe von Pflichtexemplaren, endlich über die Verpflichtung zur Aufnahme obrigkeitlicher Bekanntmachungen und thatsächlicher Verichtigungen. Die Beseitigung der Kauttionen und Konzeptionsentziehungen war übrigens angeblich im Ausschuss nicht ohne erhebliche Opposition durchzuführen. Der Entwurf selbst enthält nach den ihn vielfach modifizirenden Ausschussanträgen 29 Paragraphen gegen die früheren 31; es sind jetzt die §§ 22 und 23 fortgefallen. Im Großen und Ganzen ist der hinlänglich bekannte und besprochene frühere Entwurf durch den Ausschuss nur dem Wortlaut, nicht dem Geiste nach verändert. Die äußere Anordnung ist unverändert beibehalten: I. Einleitende Bestimmungen §§ 1-4; II. Ordnung der Presse §§ 5-20; III. Verantwortlichkeit für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen § 21; IV. Verjährung § 22; V. Beschlagnahme §§ 23 bis 27; endlich VI. Schlußbestimmungen. Von den Abänderungen durch den Ausschuss, welche prinzipieller Natur sind, mögen hier die hervortretendsten folgen. § 1 lautete im Entwurf: „Der Verkehr der Presse im deutschen Reich wird durch das gegenwärtige Gesez geregelt und darf durch Geseze oder Verordnungen der einzelnen Bundesstaaten Beschränkungen, welche in diesem Geseze keine Begründung finden, nicht unterworfen werden.“ Nach dem Ausschussantrage lautet § 1: „Die rechtliche Stellung der Presse im deutschen Reich wird durch das gegenwärtige Gesez geregelt und unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dasselbe vorgeschrieben oder zugelassen sind.“ Der berichtigte § 20 hat durch den Ausschuss folgende Fassung erhalten: „Wer mittels der Presse den Ungehorsam gegen das Gesez oder die Verletzung von Gesezen als etwas Erlaubtes oder Verdienstliches darstellt, wird mit Gefängniß- oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Geldstrafe bis zu sechshundert Mark Reichsmünze ein.“ Der die Verantwortlichkeit der Preßdelikte betref-

fende Abschnitt III. § 21 lautet nach der Fassung des Ausschusses: „Begründet der Inhalt einer Druckschrift den Thatbestand einer strafbaren Handlung, so sind 1) der Verfasser, 2) der Redakteur oder Herausgeber, 3) der Verleger oder Commissionsverleger, 4) der Drucker, 5) der Verbreiter mit der Strafe des Thäters zu belegen, ohne daß es eines Beweises ihrer Mitschuld bedarf. Ist die Veröffentlichung ohne den Willen des Verfassers geschehen, so trifft statt seiner den Redakteur oder Herausgeber die Verantwortlichkeit. Es kann jedoch jeder der in obiger Reihenfolge nachstehenden Personen die Strafverfolgung von sich abwenden, wenn sie einander ihre in der Reihenfolge vorangehenden Personen bei ihrer ersten gerichtlichen Vernehmung oder innerhalb 24 Stunden nach derselben nachweist, und der Nachgewiesene in dem Bereiche der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates ist. Diese Bestimmung steht der gleichzeitigen Verfolgung derjenigen nicht entgegen, in Ansehung derer außer der bloßen Handlung der Herausgabe, des Verlags oder der Uebernahme der Commission, des Drucks oder der Verbreitung noch andere Thatfachen vorliegen, welche nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen eine Theilnahme an der durch die Druckschrift begangenen strafbaren Handlung begründen.“ — Die Annahme dieses Gesetzentwurfs bedeutet selbstredend vollständige Knebelung der deutschen Presse. Wir sind daher gespannt darauf, ob die Liberalen „Ja“

nicken werden.
Der Kontraktbruchgesetzentwurf, welcher demnächst dem deutschen Reichstage vorgelegt werden soll, wird noch viel schärfer ausfallen, als man anfänglich dachte. Die mit officiösen „Wahschjettern“ versehenen Zeitungsschreiber suchen dies bereits dem Volke mündgerecht zu machen. So wird in Berliner Blättern jetzt, wie folgt, geschrieben:

Es hieß kürzlich, daß die Abänderung der Gewerbeordnung in Bezug auf die strafrechtliche Verfolgung des Kontraktbruchs die Ausschüsse des Bundesraths beschäftigen würde und daß es nicht den Anschein habe, als ob der vorjährige Entwurf erhebliche Abänderungen erfahren werde. Dem entgegen wird uns mitgeteilt, daß die preussische Regierung eine sehr wesentliche Abänderung des Entwurfs beantragt hat. Während nämlich der Entwurf neben einer auf den Mißbrauch des Koalitionsrechts bezüglichen Ausschussschrift die Bestimmung enthält, daß Arbeitgeber, welche ihre Gesellen oder Fabrikarbeiter vor Ablauf der vertragmäßigen Arbeitszeit oder ohne vorhergegangene Aufkündigung undesugterweise entlassen, sowie Gesellen, Gehülfe und Fabrikarbeiter, welche die Arbeit vor Ablauf der vertragmäßigen Arbeitszeit oder ohne vorhergegangene Aufkündigung undesugterweise verlassen, mit Geldstrafe bis zu 20 Thalern oder Haft bis zu vierzehn Tagen zu bestrafen sind, und diese Strafbestimmung auch auf die Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Ausherbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Bräuen oder Gruben anzuwenden, — ist die preussische Regierung der Ansicht, daß, wenn die Gesetzgebung von Neuem dazu übergehe, den widerrechtlich Seltens der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer erfolgenden Kontraktbruch unter Strafe zu stellen, eine solche Strafvorschrift nicht als eine Ausnahmeregel auf gewisse Klassen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschränkt werden dürfe, vielmehr auf alle diejenigen ausgedehnt werden müsse, in deren Verhältnis zu einander das kriminelle Moment des Kontraktbruchs begründet sei. Die preussische Regierung hat deshalb beim Bundesrathe beantragt, die im Entwurf vorgesehene Strafbestimmung auch da Anwendung finden zu lassen, wo die mit Strafen bedrohten Handlungen gegen land- oder forstwirtschaftliche Arbeitgeber oder Arbeitnehmer begangen werden.

Es geht doch wahrlich nichts über diese Schönfärberei. Also dadurch soll der Vorwurf: das Kontraktbruchgesetz sei ein Ausnahmegesetz — entkräftet werden, daß man es auf die Landarbeiter auch ausdehnt! — Welche Logik!

Die Liberalen, welche den ihnen so unangenehmen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen durch Vertagung beseitigt glauben, merken jetzt zu ihrem großen Aerger, daß sie sich verrechnet haben. Die „Elf. Btg.“ schreibt:

Die Impartitheit des englischen Parlamentesverfahrens betreffs der Vertagung unbrücker Anträge erweist sich bei uns nichts weniger als praktisch. Bekanntlich ist die zweite Lesung des vom Abg. Windthorst (Weppen) eingebrachten Antrages auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei den Abgeordnetenwahlen für die Dauer von sechs Monaten vertagt worden. Diese Frist geht im Mai, also zu einer Zeit, wo der preussische Landtag noch beisammen ist, zu Ende, und das Abgeordnetenhaus wird sich wohl oder übel entschließen müssen, die zweite Lesung des Antrages vorzunehmen.

Die Liberalen müssen also doch in den sauren Apfel beißen und für oder gegen das allgemeine Wahlrecht stimmen.

Der Nothstand in Oesterreich veranlaßt die Regierung, zu dem alten berückichtigten Mittel zu greifen, die arbeitslosen Arbeiter mit unproduktiven Arbeiten, wie 1848 in den Pariser Nationalwerkstätten, zu beschäftigen und dabei ihnen großes Almosen zu zahlen. Der Statthalter Baron Roller zu Prag ist, einer Depesche der „N. Fr. Pr.“ zufolge, nach Wien gereist, um die Demolirung der Prager Stadtmauern zu erwirken, damit die brotlos gewordenen Fabrikarbeiter, unter denen bereits große Noth herrscht,

einen Erwerb finden. Alsdann wird wohl gar noch gesagt, das sei eine socialistische Maßregel.

Die Königin von England beschloß am 24. Jan. auf des Ministerpräsidenten Gladstone's Rath die Auflösung des Parlaments, die sofortige Anberaumung von Neuwahlen und die Einberufung des neuen Parlaments zum 5. März. Es tritt jetzt an die arbeitende Klasse die Nothwendigkeit heran, selbstständig mit Aufstellung von Arbeiterkandidaten vorzugehen.

Die englischen Arbeiter verlangen energisch Ausdehnung des Wahlrechtes, und da die Regierung nebst den machthabenden Klassen dem mit aller Kraft widerstrebt, so wird es wahrscheinlich bald zu heftiger Bewegung der Volksmassen kommen. Bezüglich der Frage einer Ausdehnung des Stimmrechtes auf dem Lande, herrscht, wie verlautet, bei den demokratischen Grundbesitzern, welche im Ministerium Sitz und Stimme haben, eine entschiedene Abneigung, diese Angelegenheit auch nur zu erörtern. Von 14 Mitgliedern des liberalen Kabinetes tragen nämlich nicht weniger als 8 einen Herzogs-, Marquis-, Earls- oder Lordstitel, oder sind mit der hohen Aristokratie nahe verschwägert. Des Ministeriums Maßregeln und Reden gehen gewöhnlich aus einer vielfältigen Mischung von Ansichten hervor. Obgleich sich der Ministerpräsident Gladstone nämlich in dem Schreiben an seine Wähler grundsätzlich für Ausdehnung des Stimmrechtes auf die Feldarbeiter erklärt, scheint er bedeutende Bedenken zu haben, ob nicht eine sofortige Herbeiziehung derselben für die liberale Partei verderblich werden könnte. Da nun aber die radikale Partei in Stadt und Land ohne Rücksicht auf die möglicherweise ihr selbst erwachsenden Nachteile, vollkommen entschlossen ist, dem Ministerium in heftigster Weise in dieser Frage zuzusehen, so hielt Gladstone es vielleicht für gerathen, die Wahlen für das auf sieben Jahre zu ernennende Unterhaus noch vor Durchsetzung eines die Feldarbeiter betreffenden Gesetzes vorzunehmen. Im Schreiben an die Greenwicher Wähler erkennt Gladstone an, daß der Einfluß seines Ministeriums „unter dem Punkt“ gesunken sei, der eine Fortführung der Regierung möglich mache. Der Liberalismus hat sich augenscheinlich überlebt, und bald wird in England eine politische Arbeiterpartei auf der Bühne erscheinen.

Zur Reichstagswahl.

Sechster Wahlkreis in Berlin.

Die liberalen Zeitungen, voran die „Volkzeitung“, hatten immer ausgesprochen, daß bei der engeren Wahl Schulze-Delitzsch mit erdrückender Majorität siegen würde. Eine bloße Majorität hielten die Zeitungen nicht für genügend, um zu zeigen, wie wenig Feld die Social-Demokraten in Berlin hätten. Man glaubte, daß wir im höchsten Falle 4000 Stimmen erhalten würden und brachte folgendes Stimmenverhältniß schon im Voraus:

Ein Sieg der Social-Demokraten ist jedoch unmöglich, denn, selbst wenn Hasenclever alle am 10. ds. auf ihn, auf Kraemer, auf Johann Jacobi, auf den geistlichen Rath Müller und auf Franz Dunder gefallenen Stimmen auf sich vereinigt, so erlangt er nur 3872, während Schulze schon damals 4028 Stimmen hatte, und falls ihm die Stimmen für Nolte und den Thiermeister Brandis zufallen, 4218 Stimmen. Nun ist aber außerdem eine viel regere Theilnahme bei der Wahl zu erwarten, und dürften die neuen Stimmen anschießlich Schulze zu Gute kommen, da die Social-Demokraten und die ihnen nahestehenden Parteien schon am 10. ds. alles bis auf den letzten Mann aufgebieten hatten.

Wie sehr sich die Presse geirrt, hat der Ausfall gezeigt. Schulze hat allerdings mit circa 9000 Stimmen gestiegt; Hasenclever hat aber 6029 gültige Stimmen erhalten. Außerdem waren 120 ungültige Stimmen für Hasenclever abgegeben, weil die Fortschrittler Zettel hatten drucken lassen, auf welchen der Name „Hasenclever“ stand, welche in der Eile von den Arbeitern in die Urne gesteckt wurden. Obwohl unzweifelhaft aus diesen Wahlzetteln der Name des Gewählten hervorging, sind dieselben doch für ungültig erklärt worden. — Die Fortschrittler haben aber wieder ein Geniesstückchen zur Täuschung der Arbeiter verübt, das ihnen und ihrem Erwählten alle Ehre macht. — Noch ein solcher Sieg, und wir sind verloren! — so kann die Fortschrittspartei in ganz Berlin ausrufen.

Riel-Kendenburg.

Trotz der großen Anstrengungen haben wir nicht gestiegt. Der Fortschrittler Hänel erhielt 11,812 Stimmen, Hartmann 9539.

Hamburg (2ter W.)

Schmidt (Zünftler) erhielt 10,264, Hartmann 8247 Stimmen. — Man sieht, welche Anstrengungen unsere braven Brüder in Hamburg gemacht haben. Doch auch sie können sich trösten mit dem Gedanken, daß das nächste Mal der Sieg ganz gewiß ist.

Brandenburg.

Stadtrath Hausmann erhielt 7275, Schwede die 3914 Stimmen. Für einen Kreis, in welchem nur eine nennenswerthe Stadt liegt, gewiß ein glänzendes Resultat.

Greiz und Ipehoe.

Die Resultate sind uns noch nicht zugegangen.

Bereins-Theil.

Diesemigen Vorstandsmitglieder, welche auf Circular vom 15. Dezember noch nicht geantwortet haben, ersucht, dies bald zu thun, da die betreffenden Mitglieder auf Entlohnung harren.

Auf verschiedene Anfragen zur Auskunft, daß E. von der Parteileitung nicht zu Agitatoren verwendet werden soll, ist keine Antwort gekommen.

* Unser Parteigenosse Schmitz in Berlin ist am 2. Tag Abend plötzlich verhaftet worden, und ist der Grund hier noch nicht bekannt geworden.

Leuchtern, 26. Jan. (Berurtheilung.) Unser Parteigenosse Gottlob Senne ist wegen Raubthat verurtheilt worden, am 26. ds., vom Kreisgericht zu Reiz zu Jahren Gefängniß verurtheilt und sofort in Haft genommen worden. Wilhelm D.

Lübeck, 25. Januar. (Zur Reichstagswahl.) dem Resultat der Reichstagswahl sind die Parteigenossen Lübeck vollständig zufrieden; wir haben auf unseren Rathen, Herrn G. B. Hartmann in Hamburg, 2230 Stimmen vereinigt, während der liberale Kandidat, Dr. Klügmann 4653 Stimmen erhielt. Die Theilnahme an der Wahl war groß. Von 10,795 in den Listen verzeichneten Wählern erschienen 6923 Wähler an der Urne erschienen und hatten ihre Stimmen abgegeben. Davon waren nur 34 Stimmen für die liberale Partei abgegeben. Man braucht nur die in dem Wahlkreis abgegebenen Stimmen Charaktersisch ist, daß die Wähler, während die Arbeiter sehr präcise wählten, sich oben bemerkte, daß die Theilnahme groß war, so ist vollkommen gerechtfertigt. Man braucht nur die in den Wahlen mit dieser Wahl zu vergleichen und muß man unbedingt zweierlei annehmen, entweder die Wähler alten „Hansa“ haben gar keinen Begriff von den Reichstagswahlen gehabt, oder sie sind, ihrer partikularistischen halber, zu stolz und zu träge gewesen, ihre staatsbürgerlichen Rechte zu benutzen; von der Richtigkeit dieser Behauptung mag sich Jeder überzeugen. Am 12. Februar 1867 der Herr C. G. Götz von 4497 abgegebenen Stimmen 2605. Diese Wahl war auch eine sehr interessante, weil es sich damals um Aufschluß an den Zollverein über den Freihafen handelte; der Herr Götz (jetzt Gerichtsadvokat) vertrat den Zollverein und siegte über den Kaufmann Klügmann. Da Herr Götz wegen Ernennung zum Gerichtsrath sein Mandat niederlegen mußte, fand am 31. 1867 wiederum eine Wahl statt, in welcher 336 Stimmen abgegeben wurden, wozu Herr Dr. W. Plessing 187 Stimmen auf sich vereinigte. Wie wenig Interesse die Abgeordneten an dem Reichstag und seinen Sitzungen zeigt, davon ist ein Beispiel, daß schon am 23. März 1868 eine Wahl stattfand, wo der Kaufmann Herr C. D. von 1433 abgegebenen Stimmen 871 auf sich vereinigte. 3. März 1871 kam es schon etwas theilnehmend, weil die Demokraten mit an der Aktion theilnahmen. Die Stimmen erhielt Herr Direktor A. Wischmann 189 Stimmen, während wir auf Herrn Hartmann gegen 600 Stimmen vereinigten. Dieses sind die Lübecker Wahlgänge, welche nicht unumstößlich fest, daß die Social-Demokraten den ersten Platz, welche in einer politisch todtten Gegend erst politisches Leben erwecken müssen, so auch Lübeck. Die Parteigenossen haben ihre volle Schuldigkeit getan, indem sie das Arbeiterwahlcomité nach Kräften unterstützten, sowie auch beträchtliche Geldopfer gebracht. Wir haben hier an dem Partikularismus unsere Gegner, indem man immer andrängt: „wehhalb dem Lübecker Social-Demokrat aufgestellt wird, dem würde gerne die Stimme geben, weil wir es müde sind, den Advokaten oder Kaufmann zu wählen, aber einen Freidenker, dies wäre für die altgewohnte Hansa eine große Die guten Leute vergessen, daß erstens, im Reichstag Fremden als Abgeordnete gewählt werden, sondern Deutsche, und zweitens, daß es in Lübeck sehr viele Beamte giebt, welche nur für Lübeck speziel thätig sind, während der Reichstag nicht für Lübeck, sondern für Deutschland thätig ist. Deshalb mag die Frage gestellt sein: „Sollte nicht auch das Beamtenthum von den Lübeckern zu besetzen sein?“ Die Antwort von jeder Leser selbst geben. Wir haben in einem Punkte nicht genug gehandelt, denn sonst hätten wir unsere Gewinne 10. Januar überumpelt. Das liberale Wahlcomité durchans nicht mit ihrem Kandidaten an die Defestretten, obgleich mehrfach Stimmen in der Presse lauten, welche diese Faltung tadelten und offen sich ausgesprochen, ihre Stimme dem Social-Demokraten zu geben, weil derselbe sich mit offenem Bilde vorgestellt hat in der zwölften Stunde, entschloß sich das liberale Wahlcomité am 7. Januar eine Versammlung nach dem einzuberufen, wozu Alle, welche sich für die Wahl man's interessierten, eingeladen waren. Die Social-Demokraten interessierten sich natürlich am allermeisten für Klügmann und waren deshalb, trotzdem die Wahl schon um 7 Uhr eröffnet werden sollte, vollständig an der Kasse des Abfalls waren abwesend; es konnte die Berechnung nach 3000 Personen ausfallen sein. Das Wahlcomité hatte auf der Theaterbühne hinter einem Vorhang eine Rede behagenden Lische gepflegt und demnächst genommen. Es fand da ein Rathgeber für den Reichstag, welcher die Klänge des Besprechenden. Derselbe theilte sodann dem Dr. Klügmann das Wort. Herr Lesser das Wort zur Geschäftsordnung, erfolgte eine sonderbare liberale Bewegung und des Besprechenden ein trockenes: „Das geht nicht, wie nicht; Herr Dr. Klügmann hat das Wort.“ scholl von Seiten der Social-Demokraten der Ruf:

wählen." (Allgemeine Bestätigung der Liberalen.) Endlich fällt langsam der Vorhang. Das liberale Lustspiel war zu Ende; aber hier hatten wir nämlich einen bunten Streich gemacht, nicht, weil wir die Wahl des Bureau verlangten, denn dies werden wir uns nicht nehmen lassen, aber wir hatten im „Ervoll“ unsere Stärke gezeigt, und nun entwickelten die Liberalen eine großartige Agitation, welche von der Presse unterstützt wurde. Vom Ervoll ging es nach dem Posten- hofe, wo wir eine Volksversammlung einberufen hatten; das Lokal war überfüllt. Herr Lesser referirte und schlug den national-liberalen Gegner, Herrn Schwarz-Schulz, glänzend. — Die Krone der Agitation war die Massenversammlung am 9. ds. im „Colosseum“, dem größten Lokale Altdorf; ich schätze die Anwesenden auf 5-6000 Hr. Lesser, obgleich heiser, referirte über diese Versammlung mit Aufbietung aller seiner Kräfte und schlug wiederum dem Herrn Schwarz-Schulz. Die Versammlungen waren musterhaft. Der Wahltag war lebhaft. Herr Lesser wurde Mittags verhaftet, aber nach drei Viertelstunden wieder entlassen. An jede Urne waren zwei Parteigenossen zur Ueberwachung beordert. Mit social-demokratischem Gruß
Theodor Schwarz.

Altona, 24. Januar. (Nachregelung.) Betreffs der öfteren Anfragen hiesiger Parteigenossen über das Schicksal unseres Freundes H. Wehrenberg, Kohlenarbeiter, kann ich die leider nicht erfreuliche Mitteilung machen, daß mir der Herr Staatsanwalt eröffnete, Wehrenberg's Angelegenheit würde dem Schwurgericht überwiesen werden. Die Anklage soll auf Hochverrath begründet werden. Die hochverrätherischen Ausdrücke sollen in einer von Wehrenberg in Darm- stedt gehaltenen Rede enthalten gewesen sein. Sechs Wochen sitzt der Mann bereits und sind Aussichten, daß noch 4 Monate darüber hingehen werden, bevor die Schwurgerichts- scheidung stattfindet. Wer entschädigt einem so schwer geschädigten Manne und Familienvater, wenn die ganze Sache nur auf irrtümlicher Auffassung eines Unterdrückten beruhet sollte, sein zerrüttetes Familienglück und geschädigte Gesund- heit? Alle Parteigenossen, welche das jahrelange Wirken des Betroffenen kennen, sind gewiß von dem Wunsche durchdrungen, daß die Anklage sich als unbegründet herausstellen und Wehrenberg seinem Wirkungsfeld baldmöglichst zurückgeben wird.
D. Reimer.

Delmenhorst, 24. Januar. (Allgemeiner Bericht.) Wir haben hier verschiedene Versammlungen abgehalten, in welchen unser Kandidat Herr Fried unter großem Beifall referirte. Sämmtliche Versammlungen waren sehr stark besetzt. Mit social-demokratischem Gruß
Johann Rastenhof, Bevollm.
Louis Edhitemann, Schriftf.

Delitzsch, 25. Jan. (Allgemeiner Bericht.) Raum ist der Wahlkampf im hiesigen Wahlkreise vorbei, so sind wir bemüht, die dabei gemachten Erfahrungen praktisch zu verwerthen. Als Hauptschwierigkeit für die Durchbringung unseres Kandidaten stellte sich uns nämlich die Thatsache entgegen, daß wir zu wenig Mitg. iedschaften im Wahlkreise hatten. Wir hatten in Kölsch und Wehner Volksversammlungen einberufen. Mittags 1 Uhr gingen wir und einige Parteigenossen in Begleitung des Herrn M. Schäfersinger aus Leipzig und W. R. Sperling aus Eisenburg nach dem zwei Stunden entfernten Orte Kölsch auf den Weg. Nachdem die Versammlung eröffnet, referirte M. Schäfersinger über die Tagesordnung: Die Bestrebungen des Allgem. deutsch. Verb., Vereins, u. tr. allgemeinem Beifall der dort beschickten Versammlung. Darauf sprach gleichfalls zur Tages- ordnung W. R. Sperling; auch ihm wurde großer Bei- fall zu Theil. Unter dem Gesange der Marschallaise wurde die Versammlung geschlossen. Man ging es nach dem eine Stunde entfernten Städtchen Wehner. Dort erwartete uns ein gefüllter Saal. Auch hier sprachen zuerst W. R. Sperling, alsdann M. Schäfersinger über dieselbe Tages- ordnung. Auch hier wurde beiden Rednern begeistert Beifall zu Theil. — Und nun noch herzlichen Dank an unsere Freunde Schäfersinger und Sperling. Mit soc. demokr. Gruß
E. Bräunig.

An die Berliner Parteigenossen!
Wir machen darauf aufmerksam, daß am 2. Fe- bruar die Nachwahl für v. Hoyerbeck im dritten Wahlkreise stattfindet. Die Fortschrittspartei ist so arm an Männern, daß sie einen Nürnberger Juden, Namens Herz, sich als Kandidaten verschrieben hat. Unsere Parteigenossen werden, wie bei der engeren Wahl im 6. Wahlkreise, ihre Schuldigkeit thun. — Durch energischen Kampf zum endlichen Siege!

* Wir drucken ohne jedes weitere Wort folgende Notiz der „Volkszeitung“ ab:
Die engere Wahl im 6. Berliner Wahlkreise hatte dem social-politischen Verein Veranlassung gegeben, noch am Vor- abende derselben eine Versammlung in Vorst's Saal anzu- berufen, um für die Wiederwahl Schulze-Dehlsch zu wir- ken. Nach einem Vortrage des Herrn M. Schäfersinger gab der Vorsitzende, Herr Längler, die Erklärung ab, daß die vor wenigen Tagen von derselben Stelle vom Abg. Hoppe gegen die Gewerksvereine vorgebrachten Anschuldigungen der Wahrheit entbehren. Das Programm der Gewerksvereine enthalte keine sozialistischen Zusätze, wie Herr Hoppe behauptet habe. Erwähnenswert ist die von Herrn. Rehner (Eisenacher Partei) gemachte Mitteilung, daß er und viele andere Mitglieder seiner Partei den Beschluß, bei der engeren Wahl für Hasencleber zu stimmen, entschrieben mißbilligte. Der Beschluß sei übrigens nur mit einer Majorität von 12 Stimmen ge- faßt worden.

Die Varmer Mitglieder der „Eisenacher Volks- partei“ hatten im „Volksstaat“ erklärt, für Hassel- mann bei der engeren Wahl zu stimmen. In der „Varmer Zeitung“ aber wandten sie sich in mehreren Inseraten schmähernd gegen Hasselmann und ver- schönten den Justizrath Stader vollständig. Aus beiden Vorgängen kann man wohl annehmen, daß die „Eisenacher“ in Berlin und Varmer nur höchst ausnahmsweise für uns gestimmt haben, die Majorität sich aber dem Gegner der Arbeitersache zu- gewandt hat.

Die Brandstiftung zu Bargeheide.

Vergebens haben wir bisher darauf gewartet, daß etwas über gerichtliche Untersuchung des Ereignisses in die Oeffentlichkeit dringen werde. Statt dessen sendet uns der Gemeindevorsteher zu Barge- heide Briefe zu, welche angeblich als amtliche „Be- richtigung“ dienen sollen. Da nun von uns nichts behauptet ist, was darin „berichtigt“ wird, die Ein- sendung aber auch in einen gewissen Ton verfällt, der nicht näher charakterisirt zu werden braucht, so erachten wir uns nicht für verpflichtet zur Aufnahme derselben. Wir drucken sie lediglich deswegen nebst anderem Material ab, damit die Todtschweigungs- versuche, welche Seitens unserer Gegner angestellt werden, nicht gelingen.

Der Gemeindevorsteher von Bargeheide schreibt:
Bargeheide, den 24. Januar 1874.

Die Redaktion wird hierdurch ersucht, die anliegende Be- richtigung in Gemäßheit des § 26 des Gesetzes über die Presse vom 12. Mai 1851 an Stelle des Leitartikels, event. falls der Umfang der Entgegnung die Länge“ des Leitartikels in Nr. 7 übersteigt, die Fortsetzung derselben im „Bor- antheil“ in eine der beiden nächsten nach Eingang der Entgegnung erscheinenden Nummern Ihres Blattes anzunehmen.
Der Gemeindevorsteher von Bargeheide.
An C. F. Carstens.

die Redaktion des „Neuen Social-Demokrat“
Berlin,
Dresdenerstraße Nr. 63.

Verichtigung.
Ein gewisser „Jungo Rüdiger“ hat in einer vom 7. d. M. an Bargeheide datirten Korrespondenz, welche in Nr. 6 Ihres Blattes Aufnahme gefunden hat, versucht, die Ueber- schaft des am 7. d. M. stattgehabten Brandes des Born- stein'schen Wohnhauses in Bargeheide den Gegnern der Social-Demokrat zu insinuirten, und in dem V. artitel der Nr. 7 Ihres Blattes, welcher mit dem Korrespondenzzeichen H. versehen ist, wird es geradezu ausgesprochen, daß in Bargeheide eine unerhörte Schandthat, dieser Brandfall näm- lich, begangen sei, — welche nach dem ganzen Sinn und Inhalt des Artikels auch hier den „Liberalen“ zur Last gelegt wird.

Dieser ganze Artikel, sowie Alles, was sich in der Rüdiger'schen Korrespondenz auf diesen Brandfall bezieht, ist die widerwärtigste, unverschämte Lüge!

Sie möge beweisen, daß es den Verfasser nicht auf die Erzählung von Thatsachen, sondern darauf ankam, durch die selbsten, absichtlichsten Verläumdungen Haß und Zwietracht zu erregen.
Die heute ist die Entdeckungsurache jenes Brandunglücks trotz der angestellten gerichtlichen Untersuchung nicht bekannt; ohne eine solche abzuwarten, mußte Herr Rüdiger schon am 7. dem Tage des Brandes, und der H. Korrespondent am 18. d. M., daß die Schuld an derselben der Liberalen be- komme; und in weiterer Folgerung, daß die „Liberalen“ Bestien, Nothbrenner seien. —

Kein Arbeiter von Bargeheide glaubt jene offenbare Scham ose Lüge; Keiner wäre so ecklos, daß dieselbe von ihm ausgegangen sein könnte!

Ich erkläre daher im Namen der von mir vertretenen Gemeinde, daß die im „Neuen Social-Demokrat“ erschienenen diesbezüglichen Artikel hohle tendenziöse Erfindungen sind, deren Urheber die Bräutigam ihrer Mitmenschen ebenso ver- dienen, als die gerichtliche Bestrafung, welche ich bei der zu- fälligen Behörde bereits beantragt habe.
Bargeheide in Holfstein, den 24. Januar 1874.
Der Gemeindevorsteher. C. F. Carstens.

Die vorstehende Zuschrift des Bargeheider Ge- meindevorstandes kennzeichnet sich selbst zur Genüge. Nach derselben soll die Ursache des Brandes noch nicht ansündig gemacht sein, und diese negative Thatsache veranlaßt den Gemeindevorsteher, mit Schimpfworten, wie „Lüge“ und „Verläumdung“, die Einsender von Artikeln unseres Blattes zu bedanken, welche zur Ermittlung des Uebelthäters Material herbeischaffen. Möchte der Gemeindevorsteher doch lieber einmal nachforschen, welche Person es war, die laut Bericht vom 7. Januar damit gedroht hat: „Die Bude mit sammt den Fassalleanern soll abbrennen“. — Der Thäter würde jeden- falls bald zu finden sein.

Von einem holfsteiner Parteigenossen wird uns folgende Notiz aus dem „Oldesloer Landboten“ überhandt:

Bargeheide, 13. Januar.
Man sollte es fast für abstrusifig erachten, noch von dem Wahleresultat etwas zu erwähnen, nachdem dasselbe so kläglich ausgefallen ist. Jedoch ist es betrübend, wenn man in allen Blättern, welche hier verkehren, die Wahlergebnisse der beiden Städte Altona und Wandsbeck drangen sind, und denselben Ort, welcher sich als der tapferste Held der für Recht und Treue, wie für Reich und Kaiser angezeichnet hat, mit Stillschweigen übergeht. Dieser Ort ist mit Recht Barge- heide, ungefähr 12-1300 Einwohner zählend, und sind hier 171 Stimmen abgegeben, worunter 116 für Schleiden und nur 55 für Hasencleber. Welches Resultat, wenn man bedenkt, wie die Social-Demokraten, Hasencleber selbst, hies den Boden unterminirt hatten, um ihre Partei odernant zu bringen! Hier ist man nicht sehr enttäuscht darüber, Wieder- holungen von französischen Revolutionen auf dem- selben Schilde zu sehen, schon im Interesse der Arbeiter (Ar- beiter ist ja auch ein Jeder), um sie vor französischem Un- glück zu schützen und zu bewahren, wo hinein der große Troß zu rennen sucht.

Zum Vorstehenden bemerkt dann der Einsender: Weil die Bargeheider, wie das beiliegende Stück aus dem „Oldesloer Landboten“ beweist, sich noch besonders rüh-

men — der Satz soll vom Ortsvorsteher selbst herrühren, der vorher zu unserem Parteimitglied Drogand von seiner Absicht zu schreiben, gesprochen — so wäre es gewiß gut, den Staatsanwalt öffentlich anzufordern, Re- cherchen anzustellen, da man in Bargeheide ganz frei einen Bauerssohn beschuldigt, das Feuer an- gelegt zu haben. Der Abgebrannte wird jetzt ziemlich gut von allen Bauern unterstützt, damit die G. schlichte todt geschwiegen wird. Auf keinen Fall dürfte es schaden, wenn die Wahrheit und vielleicht interessante Einzelheiten zu Tage kämen.

Wir bemerken dazu, daß es Pflicht der Partei- genossen ist, alles etwaige Belastungsmaterial zu sammeln und dem Staatsanwalt zu übergeben. Es muß helles Licht kommen in diese Sache.

Bermischtes.

* (Liberaler als Freiheitseinde) zu sehen, ist jezt ein alltägliches Schauspiel, und die „Deutsche Landwirth- schaftliche Zeitung“ macht darüber folgenden guten Witz:
„So lange wir Weltgeschichte haben, hat jeder wahrhaft freie Staat sich durch einen wohlaffortirten Sklavenstand aus- gezeichnet. Seitdem die Vereinigten Staaten von Nordamer- ica durch eine schändliche Soldateska die Sklaverei abgeschafft haben, sind sie auch kein wahrhaft freier Staat mehr. Auf- gabe der deutschen Fortschrittspartei ist es aber, Deutschland in einen wahrhaft freien Staat umzugestalten. Menschen, die Schulze-Dehlsch verschmähen und Hasencleber wählen, sind nicht reif für die Freiheit. Das Mindeste also, was der Abgeordnete Berger-Witten thun konnte, war, die Regierung zu bitten, die landwirthschaftlichen Bezirke anzuweisen, sich künftig nicht mehr mit Politik zu beschäftigen. Entsprechende Strafbestimmungen, wenn sie es dennoch thun sollten, könn- ten ja leicht späteren Anträgen vorbehalten bleiben. Et, wenn die Verwaltung des landwirthschaftlichen Ministeriums einem guten Zuchtungsdirektor übertragen und der Abgeor- nete Berger-Witten mit der Ausübung dieser Funktionen be- auftragt wird, befindet sich Deutschland auf dem Wege der Entwicklung zu einem wahrhaft freien Staat.“

* (Die auffallende Zunahme der Geisteskrank- heiten), deren Procentzahl sich seit 1859 verdoppelt hat, sowie die Häufigkeit der Ursachen aus geistigen Ursachen entstehenden Krankheiten in jehziger Zeit erklären die Irenen ganz ein- fach aus der Unmoralität unserer zivilisirten sogenannten stitlichen (?) und socialen (!) Verhältnisse, welche — in Ver- bindung mit der meist unvernünftigen und äppigen Erziehung — zwar viele Leidenschaften und Triebe wecken, aber ihrer Befriedigung mehr Hindernisse entgegensetzen, als die frü- heren kindlicheren Zeitalter. Man bedenke nur, wie der Luxus und die Ehrenerer unserer Zeit das Verhältniß immer schwieriger macht; wie die in Ueberzahl vorhandnen Frauen durch Sittlichkeit und Furcht vor den Folgen zur Entsaugung mehr gezwungen sind, als die Männer; wie die Gemüths- und Geldgier der letzteren, wie der kostlose Vermögensunter- schied bei gleicher Bildung das Leben zu einem leidenschaft- lichen, unrationellen und unchristlichen Kampfe Aller gegen Alle macht. Welch' ergiebige Quelle erschütternder Gemüths- bewegungen und gebrochener Herzen! . . . Sene verschlundten Tyrannen, jene inneren Wunden, die äußerlich lange mit Tücheln, mit Hochmuth und Lüge bedeckt geblieben sind, geben sich fast unfehlbar und meistens bald in der Ausbildung chro- nischer Krankheitszustände kund, denen dann die Gehirn- affection folgt.

* (Wahlverluste aus Bayern.) Die „Oberfelder Zeitung“ schreibt: „Ein Regierungspräsident (!) hat den mit seiner Unterschrift versehenen Wahlsittel verlegt der Wahl- kommission überhandt. — Das Personal des protestantischen Geistlichen, sowie die wahlberechtigten Klammern des prote- stantischen Predigerseminars sollen ihre Stimmen für den katholischen Pfarren Dr. Westermayer abgegeben haben. — In Passau gab ein Wähler statt des Wahlsittels den freund- schaftlichen Mahnbrief seines Schuhmachers um Verichtigung seiner Ausstände ab. — In Wallenfild (Oberfranken) haben einige Männer, die von der Wahl ausgeschlossen wurden, weil ihre Namen nicht in die Listen ein- getragen waren, die Wahlurnen zertrümmert und die Fenster des Lokals eingeschlagen. — In Land- stadt (Rheinpfalz) wurde eine Stimme für „Jesus Christus“ abgegeben.“ — Wir unternimmt bemerken dazu, daß das Zertrümmern der Wahlurnen bestimmt kein „Kuriosum“ war, sondern eine ernste Mahnung für die Behörden, mehr Sorgfalt auf das Anfertigen der Wahllisten zu legen und nicht, wie so oft geschieht, mit einer Leichtfertigkeit sonder Gleichen dies Geschäft zu besorgen. — Sie bekommen ja dafür bezahlt!

Briefkasten.
E. in Garburg. Die Feiertagsbesuche kann auf Ver- sammlungen nicht angewandt werden, und müssen Sie daher zunächst bei der betreffenden Behörde Beschwerde führen.
E. G. in Hamburg. Ja.
Meine Adresse ist: E. Meyer bei F. Ormann in Ludwigschafen.
Meine Adresse ist: Julius Schulze, Oggeröheimersstr. bei Herrn Kahl, Ludwigschafen.

Annoucen.

Für Berlin.
An Alle, welche die Laterne Nr. 0 und Nr. 00 in Vertrieb hatten.
Die Wahlen sind nunmehr zu Ende, Drum wer jezt noch Laternen trägt, Den bitte ich, daß er behende Dafür Bedinen hinterlegt.
Man wird es mir nicht übel nehmen, Denn „Ordnung“ nur regiert die Welt; Bitt' ich die Herr'n, sich zu bequemen, Daß mir wird baldigst zugestelt.
Was unverkauft bis heul' geblieben, Und auch das Geld, das eingetriben.
Paul Grottkau, Elisabeth-Str. 13.

*) Soll wohl heißen „Länge“. Am. d. Red.

Für Berlin. Öffentliche Wählerversammlungen

finden statt am

Donnerstag, den 29. Januar, Ab. 8 Uhr,
im Café Humboldt, Neue Grünstr. 32.
Freitag, den 30. Januar, Abends 8 Uhr,
bei Hoppoldt, Prinzenstr. 72.
Freitag, den 30. Januar, Abends 8 Uhr,
bei Globig, Nannhufstr. 31.
Freitag, den 30. Januar, Abends 8 Uhr,
bei Budwitz, Admiralstr. 11.
Tagesordn.: Die am 2. Februar stattfindende Reichstagswahl für den 3. Berliner Wahlkreis.

Das Wahlcomité: H. E. S.

Berliner Affordträger- und Bauarbeiter-Verein.
Mitglieder-Generalversammlung
Sonntag, den 1. Februar, Morgens 11 Uhr,
im Lokale des Herrn Lieber, Lohstr. 12.
Tagesordnung: Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, deren Folgen und unser Verhalten dem gegenüber. — Vereinsangelegenheiten und Fragekasten.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen, da wichtige Vereinsangelegenheiten vorliegen.
W. B. W. B. W.

Berliner Affordträger- und Bauarbeiter-Verein.
Die Ausschussmitglieder werden ersucht,
Sonntag, den 1. Februar, Vormittags 10 Uhr,
in dem Lokale des Herrn Lieber, Lohstr. 12,
zu erscheinen.
Carl Boltersdorff.

Für Berlin.

Generalversammlung der Schneider.
Freitag, den 30. Januar, Abends 8½ Uhr,
im Graßweller'schen Bierlokal, Kommandantenstr. 77-79
Tagesordn.: Die gegenwärtige Geschäftsstille und ihre Folgen. Referent: H. Neumann. — Die bevorstehenden Neuwahlen in der Gewerkschaftenklasse.
Sämtliche Schneider, namentlich die außer dem Hause arbeiten, sind hierzu eingeladen.
Die Kommission des Streikvereins.

Für Berlin.

Allgemeiner Tischler- (Schreiner-) Verein.
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 30. Januar, Abends 7½ Uhr,
in Hoppoldt's Lokal, Prinzenstr. 72.
Tagesordn.: Die Verhaftung des Bevollmächtigten.

Generalversammlung sämmtl. Tischlergesellen Berlins

Sonntag, den 1. Februar, Morg. 9½ Uhr,
Sophienstr. 15.
Tagesordn.: 1) Vortrag des Herrn Schwedenbief. — 2) Das Sinken der Löhne und das Steigen der Lebensmittelpreise und unser Verhalten dem gegenüber.
B. Schwedenbief.

Für Berlin.

Arbeiterfrauen- und Mädchen-Versammlung
Freitag, den 30. Januar, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Lindemann, Rantenhofstraße 90.
Tagesordn.: Frauenarbeit in den Fabriken und Herstellung des Familienlebens. — Referentin: Frau Sahn.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Für Berlin.

**Generalversammlung
der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der
Cigarren-Arbeiter, Tabak-Spinner und
Sortierer zu Berlin**
Sonntag, den 1. Februar, Vormittags 10 Uhr,
im „Deutschen Kaiser“, Wollandstr. 12.
Tagesordn.: Rechnungslegung. Wahl des gesammten Vorstandes. Erledigung der gestellten Anträge. Statutenänderung und Verschickenes. Der Vorstand: A. Notes.

**Generalversammlung
der alten Kranken- u. Kasse der Cigarrenarbeiter**
Freitag, den 30. Jan., Abends 8 Uhr,
im Café Seefeld, Grenadierstr. 39.
Tagesordn.: Vorwahl.
NB. Quittungsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Aufgepaßt!

Sämtliche Parteigenossen, welche Mitglieder der alten Kranken- und Sterbekasse der Cigarrenarbeiter sind, werden aufgefordert, zu der stattfindenden Vorwahl des Vorstandes am Blage zu sein.
B. J. B.

Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiterinnen zu Berlin.

Generalversammlung
Freitag, den 30. Januar, Abends 8 Uhr,
im Deutschen Kaiser, Wollandstr. 12.
Tagesordn.: 1) Rechnungslegung pro 1873. — 2) Wahl des gesammten Vorstandes. — 3) Verschickenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
A. Notes, Vorsitzender.
Die Cigarren-Arbeiter der Allg. Kranken- und Sterbekasse sind eingeladen.

Hamburg-Altona.

Versammlung der Marmorarbeiter
Mittwoch, den 28. Januar.
Tagesordn.: Bepfändung des Vereins. Verschickenes.
Der Vorstand.

Für Hamburg. Volksversammlung

Freitag, den 30. Januar, Abends 8½ Uhr,
in Lüttge's Salon, Valentinsplatz 41.
Tagesordn.: Das genaue Ergebnis der engeren Wahl und die Erfolge der Social-Demokratie bei den Reichstagswahlen.
Für das Arbeiter-Wahlcomité:
E. L. Vater.

Für Hamburg.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 31. Jan., Abends 8½ Uhr,
im Salon zum Roland, 1. Jakobstraße 19.
Tagesordn.: Innere Vereinsangelegenheiten.
E. Schenkendorff, Bevollm.

Hamburg-Altonaer Böttcher- (Küper-) Verein.

Generalversammlung

Freitag, den 30. Jan., Abends 8½ Uhr,
im Ritter St. Georg, Rosenstr. Altona.
Der Vorstand.

Für Hamburg.

Verband der Klempner und verw. Berufsgenossen.
Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 31. Jan., Abends 8½ Uhr,
bei Herrn Eckhardt, Schoppensteil 22.
Das Erscheinen Aller ist notwendig.
Der Vorstand.

Für Altona.

**Generalversammlung
der Krankenkasse des Arb.-Unterstützungs-
Verbandes**
Mittwoch, den 28. Jan., Abends 8½ Uhr,
in Heinsohn's Salon, Schlersplatz.

Tagesordn.: 1) Abrechnung. — 2) Wahl eines ersten Präsidenten, eines ersten Sekretärs, eines ersten Kassiers und eines Revisors. — 3) Antrag des Vorstandes wegen Vergehens mehrerer Mitglieder. — 4) Antrag des Vorstandes wegen des Mitgliedes Stamer. — 5) Antrag vom Vereinsarzt Herrn Dr. Freyde in Hamburg. — 6) Antrag von Beckmann wegen ärztlicher Rechnungen. — 7) Antrag der Revision der Statuten.
Der Vorstand.

Für Altona.

Allgem. deutsch. Mauer- und Steinhauer-Verein.
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
Freitag, den 30. Jan., Abends 8 Uhr,
im Salon der Mauer-Verberge.
Tagesordn.: Abrechnung für Monat Dezember. — Verschickenes und Fragekasten.
K. Klätschen, Bevollmächtigter.

Für Hamburg.

Den Mitgliedern des Allg. deutsch. Arb.-Vereins zur Kenntnis, daß unsere regelmäßigen Versammlungen bei Geizler in der Bergstraße jeden Sonntag stattfinden. Ich fordere deshalb alle Mitglieder auf, Sonntag, den 31. Januar, am Blage zu sein.
Lampel.

Für Elberfeld.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Geschlossene Mitgli.-Versammlung
Samstag, den 31. Januar, Abends 8½ Uhr,
im Lokale des Herrn Hunscheidt.
Karten müssen vorgezeigt werden.
J. A. der Mitglieder: E. Klein.

Für Elberfeld.

Arbeiter-Versammlung
Sonntag, den 1. Febr., Abends 8 Uhr,
im Lokale des Herrn Aug. Hunscheidt, Friedriehstraße.
Tagesordn.: Vortrag des Unterzeichneten.
Zutritt freil. Aufnahme neuer Mitglieder findet statt.
J. A.: Carl Klein.

Für Wattencheidt.

Große Volksversammlung
Sonntag, den 1. Febr., Nachmittags 1 Uhr,
im Saale des Wirtes Herrn Gahmann in Döntrop.
Tagesordn.: 1) Die Arbeiterpartei, ihr Wirken und ihre Bestrebungen. 2) Verschickenes. — Referenten: Carl Seelig aus Dortmund und August Dreesebach aus Duisburg.

Für Gelsenkirchen.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Mitglieder-Versammlung
Montag, den 2. Febr., Nachm. 3 Uhr,
im Lokale des Wirtes Herrn Fatum auf der Marktstraße.
Tagesordn.: Innere Angelegenheiten.
Schulte, Bevollm.

Für Bockenheim.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Geschlossene Mitglieder-Versammlung
Montag, den 2. Februar.
Tagesordn.: Der stabile Agitator und die Agitation in unserm Wahlkreise.
Es muß Jeder am Blage sein. G. Müller.

Für Ludwigshafen.

Arbeiter-Verbrüderungsfest.
Sonntag, den 1. Februar:
Großes Concert und Ball
im Baisischen Hof.
Anfang Nachmittags 4 Uhr.
Die Arbeiter von Degerheim, Frankenthal, Speier, Mannheim, sowie überhaupt alle Parteigenossen, sind hiermit eingeladen.
Für das Comité: Julius Schülze.

Große Volksversammlung

Montag, den 2. Februar, im Baisischen Hof.
Tagesordn.: Zwei große Juden und der Freiheitskämpfer des neunzehnten Jahrhunderts. Referent: E. Maier.
J. Schülze, Bevollmächtigter.
E. Schülze ist z. v. bei Dastig, Amiralstr. 28.

Für Dresden.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 31. Januar, Abends 8 Uhr,
im Saale der Conversation.
Tagesordn.: Vortrag des Herrn H. S. Sankeln.
Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Bevollm.

Für Chemnitz.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.
Öffentliche Mitglieder-Versammlung
Sonntag, den 31. Januar, Abends 8 Uhr,
in der Restauration „Zur Neuen Welt“, unter Aktienstr.
Tagesordn.: Das Resultat über die Reichstagswahl.
Referent: Louis Stiegler.
NB. Jeden Sonntagabend Versammlung im obengenannten Lokal.
Robert Eger, Bevollm.

Für Brandenburg a. S.

Die Mitglieder des Allgem. deutschen Arb.-Vereins, Max.vereins und des Unterstützungsverbandes feiern
Sonntag, den 31. Januar, Abends 8 Uhr,
ein Tanzfränzchen.

Entrée für obengenannte Mitglieder bei Einführung
Dame 5 Sgr.; einzelne Damen 2½ Sgr.; für Nichtmitglieder
welche durch Freunde eingeführt werden, 7½ Sgr.
A. Michl.

Die Social-politischen Blätter
konnten der Wahl halber noch nicht fertig gemacht werden. Sie erscheinen in den nächsten Tagen.

Allen Freunden und Parteigenossen die Nachricht, meine liebe Frau am 27. Jan. von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden ist.
J. Neumann, Tischler

Für die Herren Bauhandwerker.

26. Mühlendam 26.
J. A. Hölzer's Hamburger Laden
empfiehlt ächte Hamburger Federanzüge in allen Größen
den billigsten Preisen. Auf Verlangen nach Maß.
NB. Bitte, genau auf Nr. 26 zu achten.

Meinen Freunden und Parteigenossen, die den 27. Jahrgang der „Social-politischen Blätter“ von mir bestell haben, diene zur Nachricht, daß sie auch den zweiten Jahrgang ohne vorherige Bestellung weiter von mir erhalten werden; auch nehme ich noch weitere Bestellungen entgegen. Ferner kann bei mir auf alle Werke, die nur irgend Buchhandel vorkommen, abonniert werden, und nehme ebenfalls Bestellungen gerne entgegen.
Dittelen. K. Herbold, Kl. Reust.

Allen Freunden und Parteigenossen die ergebene Nachricht, daß ich unter dem heutigen Datum meinen Tanzsalon der Firma

Germania-Salon

eröffnet, und bitte ich um glücklichen Zuspruch.
Bruno Bendigen, Große Freiheit 11.
NB. Auch empfehle ich mein Billard und zwei von Regalbahnen, auch für Clubs frei. Der „N. Soc.“ liegt aus. Altona, 18. Januar 1874.

(Bespätet).
Unserem tapferen Mitkämpfer für Freiheit und Befreiung dem Agitator Carl Maier, zu seinem am 24. d. ds. stattfindenden Wiegensfest und am 26. d. ds. stattgefundenen menestage gratulieren
Die Mitglieder des Allg. deutsch. Arb.-Ver.
Ludwigshafen, den 25. Januar 1874.
Dem Fräulein Lina Meyer zu ihrem am 29. d. ds. stattfindenden 22. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche
D. A. W. Casp.

Unserer lieben Mutter, Elise Müller, zu ihrem 27. d. ds. stattfindenden Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
A. M. S. in Hartmannstr.

Dem Parteil. J. Stapelfeldt in Frankfurt a. M. a. 26. d. ds. stattg. Geburtst. die herzl. Glückw. D. A. W. Casp.

Unserer Freundin und Wirtin, Frau Meier, zu ihrem am 28. Januar stattgefundenen Wiegensfest die herzlichsten Glückwünsche.
Halberstadt. Mehrere Freunde

Unserem treuen Freunde und wackeren Parteigenossen Meier die herzlichsten Glückwünsche zu seinem am 29. Januar stattfindenden Wiegensfest. Mögest Du weiterhin treu und fest stehen und mitkämpfen für die Rettung der Menschenrechte. Mögest Du durch Deine Thätigkeit noch fernere Anderen ein Beispiel sein. Ob wann den Donnerstag wohl bei Meier's treffen?
Halberstadt. R. Dahlen. K. Bühr. S. Diederich. Th. S.

Unserm Freunde und Parteigenossen Bernhard Mann zu seinem am 1. Februar stattfindenden 26. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche. Mögest Du lange als braver Mitkämpfer für die Menschenrechte in der Mitte weilen.
R. P. R. R. S. M. D. S.

Erklärung.
Die von mir am 18. d. Mts. in Uebereilung mit meinen Kollegen Jakob Claussen in Schluß angelegte Beschildigung nehme ich zurück und erkläre, daß ich einen achtenswerthen Mann halte.
Schluß, den 25. Januar 1874.

Meinen geehrten Herren Kollegen und Parteigenossen empfehle ich mein Schanklokal, Bennenstr. 94, im Der „Neue Social-Demokrat“ liegt aus. G. Schülze.
Am 21. d. ds. starb unser Sohn Nikolaus Jani von 2 J. 6 W., tief betrauert von S. Boß und S. Boß.
2 Schlafstellen sind zu vermieten Brückenstraße 2 Treppen, bei Augustin.
Zu vermieten ein möbliertes Zimmer für zwei Leute bei Th. Bollerling, Amandastraße 73, 1. Etage, Hamburg, St. Pauli.
2 Schlafstellen an Parteigen. Stallstr. 43, 4 Treppen bei A. Schülze.

Druck von E. Jhring's Bwe. (A. Colbacht) in
Verantwortlich für die Redaktion: E. Becker in
Verlag von B. Grawel in Berlin.